

Kommentar von VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner

Kostspielige Transformation zur CO₂-Neutralität darf das bezahlbare Wohnen nicht gefährden



VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner.
Foto: VNW, Bertold Fabricius, Hamburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Bundesverfassungsgericht hat ein wichtiges Urteil zum Klimaschutz gefällt. Die Karlsruher Richter verlangen darin zwar keine schärferen Klimaziele bis zum Jahr 2030, wohl aber verbindlichere Vorkehrungen für die danach folgende Zeit. Für die Wohnungswirtschaft bedeutet das: Wir müssen uns auf gravierende Veränderungen einstellen, die den VNW-Unternehmen große Anstrengungen abverlangen werden.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für die VNW-Unternehmen keine Fremdworte. In den vergangenen zehn Jahren haben sie mehr als fünf Milliarden Euro in die energetische Sanierung ihres Wohnungsbestandes investiert. Das Geld floss in die Gebäudedämmung, in moderne Heizungsanlagen, den Austausch von Fenstern, die Erneuerung von Dächern und vieles mehr. In jüngerer Zeit spielen die Elektromobilität und eine entsprechende Ladeinfrastruktur in den Quartieren eine wachsende Rolle.

Ein wichtiges Merkmal aller Bemühungen um mehr Klimaschutz in der Wohnungswirtschaft ist Offenheit. Wenn

wir nach Lösungen suchen, dann lassen wir uns nicht von der Fokussierung auf eine Technologie einengen. Solarzellen auf den Dächern und moderne Heizungsanlagen im Keller sind genauso sinnvoll wie eine dezentrale Produktion von regenerativer Energie zum Beispiel durch kleine Gaskraftwerke, oder Quartierskonzepte. Entscheidend ist, was den größten Effekt für Nachhaltigkeit und Klimaschutz hat.

Bei all den Investitionen in moderne Technik vergessen wir nicht die soziale Frage des Klimaschutzes. VNW-Unternehmen, die hunderttausenden Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen ein Dach über den Kopf bieten, wissen: Die Menschen werden die kostspielige Transformation unserer Gesellschaft zur CO₂-Neutralität nur mittragen, wenn diese das bezahlbare Wohnen nicht gefährdet. Der beste Klimaschutz ist nichts wert, wenn Menschen am Ende auf der Straße leben müssen.

Die VNW-Mitgliedsunternehmen verstehen sich in dieser Hinsicht als Interessenvertreter jener Menschen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind. Der Klimaschutz darf Mieterinnen und Mieter nicht in ein soziales Wohndilemma stürzen. Wir unterstützen die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Landesregierungen in Kiel, Schwerin und Hamburg. Wir wissen aber auch: Die Umsetzung der Ziele wird viel Geld kosten, und dieses Geld fällt nicht vom Himmel, vor allem nicht bei den Wohnungsunternehmen, die bezahlbaren Wohnraum anbieten.

Andreas Breitner